



**DANIEL LEDE ABAL**

Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg



**Daniel Lede Abal, MdL**

Integrationspolitischer Sprecher und  
Vorsitzender des Arbeitskreises  
Integrationspolitik.

**Wahlkreisbüro:**

Mitarbeiterin: Nele Schönau

Am Lustnauer Tor 6  
72074 Tübingen  
Fon 07071-8895123  
FAX: 07071-8895131  
Ledeabal.wk@gruene.landtag-bw.de

**Landtag:**

Mitarbeiter: Jan Marczona

Konrad-Adenauer-Str. 12  
70173 Stuttgart  
Fon 0711-2063652  
Fax 0711- 2063-14-652  
daniel.ledeabal@gruene.landtag-bw.de

## Wahlkreisnewsletter 05/2012

In diesem Newsletter:

- Zum neuen Schuljahr...
- Aktuelles zum Thema Länderfinanzausgleich
- Neuer AK sucht Mitstreiter
- FAQ zur Grünen Urwahl
- Wer ist ESM?
- AFS sucht Gastfamilien in Baden-Württemberg
- Splitter

Liebe Mitglieder,

herzliche Grüße nach dem Ende der Sommerpause. Einen Teil der Haushaltsdebatten habt Ihr sicherlich in den Medien verfolgen können – dabei steht uns die Debatte im Parlament erst noch bevor. An dieser Stelle haben wir sicherlich noch Lernbedarf, aber Einsparungen fallen schwer – vor allem wenn es in allen Ressorts noch gut begründete Wünsche gibt.

Aus aktuellem Anlass schreibe ich Euch heute zur Bildungspolitik der Landesregierung. Das bedeutet aber, dass eines der nächsten Rundbriefthemen der Haushalt sein wird, ebenso wie die Informationsreise des Integrationsausschusses nach Kanada.

## **Zum neuen Schuljahr...** **...das ist unsere Bildungspolitik**

Das neue Schuljahr hat begonnen und es ist zugleich das erste Schuljahr in dem die grün-roten Reformvorhaben im Schulalltag auf die Probe gestellt werden. Neuerungen haben wir ja vor allem mit den neuen Gemeinschaftsschulen, der Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung sowie dem Beginn der Inklusion von Kindern mit Behinderung in die Regelschulen.

Zugleich haben wir eine – auch durch uns selbst angefachte – Spardebatte. Wir werden also in der einen Woche kritisiert, wir würden nicht genug sparen, in der nächsten Woche sparen wir dann wieder zu viel und am falschen Ende sowieso.

Wir sollten dabei folgendes nicht vergessen: Gut versteckt in der Finanzplanung der schwarz-gelben Regierung war der Abbau von 11.700 Lehrerstellen – weil sie in der Finanzplanung der kommenden Jahre plötzlich nicht mehr berücksichtigt werden, die sich aber immerhin grob an den Schülerzahlprognosen der kommenden Jahre orientierte. Dazu kam die unerwartete und alles andere als faire Intervention des Präsidenten des Landesrechnungshofes, der zusätzlich und ohne fachliche Begründung die Einsparung von 15.000 weiteren Lehrerstellen forderte – eine völlig absurde Vorstellung.

Wo aber stehen wir als grüne Landtagsfraktion mit unserer Bildungspolitik? Dazu eine aktuelle Zusammenstellung, die nicht alle Maßnahmen beschreibt, aber einen guten Überblick bietet:

### *Elementarbereich*

Durch den „Pakt für Familien mit Kindern“ übernimmt das Land bei vorheriger stufenweise Erhöhung ab 2014 68% der Kosten für den laufenden Betrieb der kommunalen Kleinkindbetreuung. Das bringt den Gemeinden, Städten und Kreisen Planungssicherheit und garantierte Einnahmen von deutlich über 300 Millionen Euro. Das hat den Ausbau der Kleinkindbetreuung erheblich beschleunigt.

### *Grundschule*

Durch die Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung haben wir die Schullandschaft sicherlich kräftig durcheinandergewirbelt. Dennoch haben wir gute Rückmeldung über Inhalt und Atmosphäre der Beratungsgespräche von Eltern und LehrerInnen erhalten. Auch die realen Anmeldungen auf weiterführenden Schulen zeigen, dass die Eltern verantwortungsvoll mit ihrem neuen Recht umgehen. Die Abschaffung der Verbindlichkeit und die neuen Gemeinschaftsschulen wirken auch bei vielen Eltern mit Migrationshintergrund dem Eindruck entgegen, ihre Kinder würden in bestimmte Raster gepresst.

### *Haupt- und Werkrealschule*

Die Haupt- und Werkrealschule bietet die Möglichkeit eines Hauptschulabschlusses nach Klasse 9 und nach Klasse 10. Wir haben die bisherige Notenhürde zwischen den Klassen 9 und 10 gestrichen: Das motiviert die Schülerinnen und Schüler und hat den Übergang in Klasse 10 deutlich erhöht.

### *Realschule*

Bei den Realschulen hat das Kultusministerium neue Poolstunden von 1,5 Stunden je Zug eingeführt – damit soll die individuelle Förderung ausgebaut werden. Wir werden so der wachsenden Heterogenität der Schülerinnen und Schüler gerecht. Neu ist in Klasse acht die „Kompetenzanalyse Profil AC“. Dieses zusätzliche Instrument der Analyse an den Realschulen ermöglicht es den SchülerInnen überfachliche ausbildungsrelevante Fähigkeiten weiter zu entwickeln. Wir sind darin Vorreiter und werden es ab dem Schuljahr 2013/14 landesweit anbieten können.

### *Gymnasium*

Wir werden die individuelle Förderung weiter verbessern durch eine zusätzliche Poolstunde in den Klassenstufen 5 und 6. Um die Probleme des G8-Modells aufzufangen werden wir als Schulversuch das Modell „Gymnasium der zwei Geschwindigkeiten“ anbieten, allerdings auf

der Grundlage des G8. Auch hier bleiben unsere Ziele Entschleunigung und bessere individuelle Förderung.

### *Gemeinschaftsschule*

42 GMS sind im ganzen Land gestartet – davon drei in Tübingen. Nach vielen Unklarheiten zu Beginn haben wir sehr gute Rückmeldungen von den Eltern, die Anmeldezahlen der Schulen bestätigen dies. Erfolgreich ist auch das Konzept, dass GMS nur in den Städten und Gemeinden eröffnet werden, die hinter ihrer GMS stehen – das hat eine intensive und breite Debatte um die Schulen in vielen Kommunen befördert.

### *Schulsozialarbeit*

Die grün-rote Landesregierung ist endlich wieder in die Förderung der Schulsozialarbeit eingestiegen und hat hierfür für das laufende Jahr 2012 etwa 15 Millionen Euro bereitgestellt. Da dieser Bereich wächst und die Bedeutung der Schulsozialarbeit in vielen Gemeinden bislang unterschätzt wurde, erhöhen wir diese Mittel im Jahr 2013 um weitere 10 Millionen Euro.

### *Unterrichtsversorgung und Lehrerstellen*

- Entwicklung der Schülerzahlen: Die Zahl der Schülerinnen und Schüler wird in den kommenden Jahren stark abfallen: Voraussichtlich 2020 werden wir im Land erstmals weniger als eine Million Schüler haben – das sind 190.000 weniger als derzeit. Da die Versorgung aber eigentlich an Schulklassen und Schulstunden gemessen werden muss, ist die Schüler-Lehrer-Relation nur eine sehr grobe Richtgröße.
- Wir haben nach wie vor Defizite bei der Unterrichtsversorgung. Die ist insgesamt leicht verbessert, dennoch sind zum Beispiel die gewerblichen Schulen deutlich unterversorgt.
- Wir haben in Baden-Württemberg eine im Vergleich hervorragende Schüler-Lehrer-Relation, nämlich etwa 14 Schüler auf 1 Lehrkraft – sehr viel besser als zum Beispiel Bayern. Unser Problem ist allerdings die Verteilung: Wir haben sehr kleine und gut versorgte Grundschulen, die wir im Sinne des Konzeptes „kurze Beine, kurze Wege“ auch erhalten wollen und wir haben Schulen, die sich einen deutlich überdurchschnittlichen Versorgungsgrad gesichert haben – auf Kosten anderer Schulen.
- Im vergangenen Schuljahr 2011/12 gab es regional Schwierigkeiten mit der Krankheitsreserve für ausfallende Lehrkräfte. Wir Abgeordnete haben darauf gedrängt die Versorgung und die Steuerung für dieses Schuljahr deutlich zu verbessern und haben uns auch gegenüber der Landesregierung Nachbesserungen vorbehalten.
- Es gab in diesem Jahr Kritik an der Neueinstellungspraxis: Dieser Vorwurf trifft zu – denn wegen der Abschaffung der Grundschulempfehlung und der neuen Gemeinschaftsschulen gab es für die Schulämter und RPen keine Erfahrungswerte. Deshalb war es notwendig die realen Anmeldezahlen abzuwarten und erst danach Deputate zuzuweisen. Dies wird ab nächstem Schuljahr deutlich früher und besser funktionieren. So gibt es jetzt noch Probleme bei der Krankheitsreserve und in vielen Schulen wurden Ergänzungsstunden gestrichen. Laut Kultusministerium sollte sich die Situation aber entspannen.
- Ein etwas skurriler Punkt sind die Schwangerschaftsvertretungen (da sei mir als Vater einer kleinen Tochter Kritik erlaubt), auf deren Ausmaß die Kultusverwaltung nicht eingestellt war: Die LehrerInnenschaft ist in den vergangenen Jahren deutlich jünger geworden. Das bedeutet aber auch, dass wir doppelt so viele Schwangerschaften wie noch vor fünf Jahren haben. Dazu kommt die Elternzeit, die auch die Väter immer stärker in Anspruch nehmen. Das begrüßen wir natürlich sehr, mussten aber feststellen, dass dies in der Personalplanung nicht berücksichtigt wurde.
- Wir haben zum neuen Schuljahr in etwa 4.400 Referendare und Referendarinnen in den Schuldienst übernommen, davon 730 im Gymnasialbereich – das sind rund 400 weniger als im Vorjahr. 2012 war allerdings der Abschluss des letzten G9-Abiturjahrgangs und wir haben auf einen Schlag 23.000 GymnasialschülerInnen weniger. Ein Teil der Neueinstellungen im Gymnasialbereich besteht aus auf drei

Jahre befristeten Abstellungen an Realschulen und berufliche Schulen. So ermöglichen wir in vielen Fällen den Berufseinstieg und stärken die pädagogischen Kenntnisse der Lehrkräfte – denn die zunehmende Heterogenität betrifft alle Schularten.

Wir haben über den Sommer auf unserer Homepage die wichtigsten Fragen (und natürlich Antworten) zu dem Thema Lehrer/innen- Stellen zusammengestellt. Die FAQs findet ihr hier: [http://www.bawue.gruene-fraktion.de/cms/themen/dok/417/417032.wie\\_bildungsaufbruch\\_und\\_haushaltskonsol.html](http://www.bawue.gruene-fraktion.de/cms/themen/dok/417/417032.wie_bildungsaufbruch_und_haushaltskonsol.html)

### *Regionale Schulentwicklung*

Regionale Schulentwicklung wird das neue prägende Schlagwort in der Bildungspolitik werden, denn die knappen Ressourcen einerseits und die sinkenden Schülerzahlen andererseits werden die Schullandschaft stark verändern.

Flächendeckend muss es weiterhin ein engmaschiges Netz an Grundschulen geben – wie wir aber weiterführende Schulen pädagogisch, in Sachen Ausstattung und in der Frage von Konzept und lokaler Vernetzung weiter stärken, dieser Frage müssen sich alle Kommunen stellen. Im Kreis Tübingen bereiten sich die Schulen auf diese Frage vor: Die Stadt Tübingen mit drei Gemeinschaftsschulen hat eine landesweite Vorreiterrolle. Mit Ofterdingen und Bodelshausen bewerben sich zwei sehr unterschiedliche Konzepte, die aber darauf bedacht sind, sich nicht gegenseitig das Wasser abzugraben. Auch in Hirrlingen hat man sich bereits Gedanken gemacht und strebt in Kooperation mit Rangendingen eine gemeinsame Gemeinschaftsschule an.

In Ammerbuch, das in der lokalen Schulpolitik eine lange, sehr eigene und leidvolle Geschichte hat, kommt es jetzt darauf an, Gemeinderat und Rathaus hinter ein starkes Konzept für eine neue Gemeinschaftsschule zu bringen. Konzeptionell, das durfte ich mehrmals selbst erleben, bringt die Altinger Schule alle Voraussetzungen mit.

Und auch in Rottenburg interessieren sich Teilorte für das Konzept der Gemeinschaftsschule, denn auch dort haben viele verstanden, dass die Gemeinschaftsschule eine Chance ist, im vielbeschwoenen ländlichen Raum weiterführende Schulen vor Ort zu erhalten.

### *Inklusion*

Zum Thema Inklusion werde ich in einem der nächsten Rundbriefe ausführlicher Stellung beziehen.

Wir haben uns in der Bildungspolitik große Ziele gesetzt – wir werden auch von der Bevölkerung daran gemessen werden. Wir können aber auch nicht in den ersten anderthalb Jahren all das reparieren, was in vielen Jahren falsch gelaufen ist. Das bedeutet keineswegs, dass wir die Klagen von Eltern, Lehrerkollegien, Schulen oder Bildungsverbänden nicht ernst nehmen. Aber es bedeutet auch, dass wir noch am Anfang stehen und nicht jetzt schon alle bildungspolitischen Probleme lösen können. Wir als Fraktionsmitglieder brauchen Eure Rückmeldung, Eure Kritik, manches Mal auch gerne Euer Lob.

Viele Grüße  
Daniel

## **Aktuelles zum Thema Länderfinanzausgleich**

Beitrag von Nele Schönau (Mitarbeiterin MdL-Büro Tübingen)

Einige haben es sicher gelesen: Die bayerische Staatsregierung hat beschlossen, noch in diesem Jahr eine Klage gegen den Länderfinanzausgleich beim Bundesverfassungsgericht einzureichen. Baden-Württemberg gehört zusammen mit Bayern und Hessen zu den Hauptgeberländern und beide wurden daher von der bayerischen Regierung aufgefordert,

dieser Klage beizutreten. Unser Ziel als Grün-Rote Landesregierung bleibt nach wie vor eine Einigung auf dem Verhandlungsweg. Wir wollen ein gerechtes und transparentes System des finanziellen Ausgleichs zwischen den Ländern. Auf Initiative von Ministerpräsident Winfried Kretschmann wird seit Oktober 2011 mit den anderen Ländern über eine Neugestaltung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen beraten. Dieses Vorgehen wird von Horst Seehofer als bayrischer Ministerpräsident mit der Klageandrohung nun im Grunde torpediert. Offenbar sind ihm wahlkampfaktische Überlegungen wichtiger als eine einvernehmliche Lösung. Klar ist, auch für uns sind die Zahlungen an die Nehmerländer eine finanzielle Belastung und natürlich wollen wir möglichst schnell zu einer Lösung kommen. Allerdings sind wir noch immer der Meinung, dass eine faire und zukunftsfähige Lösung am besten im Dialog gefunden werden kann. Als letzten Ausweg hat sich auch die Grün-Rote Landesregierung den Klageweg offen gehalten. Allerdings birgt dieser nicht nur Zündstoff und sorgt für Unmut, er hat auch konkrete Risiken. Niemand kann sicher voraussagen, wie das Bundesverfassungsrecht entscheiden wird. Immerhin würden Bayern und sich möglicherweise anschließende Bundesländer gegen ein Gesetz klagen, das sie selbst im Konsens mit dem Bund und allen anderen Ländern vereinbart haben. Entgegen der Hoffnungen der Geberländer könnte Karlsruhe auch zu dem Ergebnis kommen, dass die Finanzkraft der Kommunen stärker als bisher in die Berechnungen einbezogen werden muss. Dies hätte für Baden-Württemberg negative Auswirkungen, da die Gemeindefinanzkraft im Land deutlich über dem Bundesschnitt liegt. Zudem kann das Bundesverfassungsgericht nur den aktuellen Länderfinanzausgleich korrigieren. Ein neues Ausgleichssystem zu vereinbaren muss der politischen Ebene schon selbst gelingen.

## **Neuer AK sucht Mitstreiter: „AK Integration und Europa“**

Letzten Montag hat sich zum ersten Mal der neue Arbeitskreis Integration und Europa getroffen. Nach kurzen und allgemeinen Überlegungen haben wir uns ein erstes zentrales Thema gesucht. Wir wollen uns zunächst mit dem Thema „Muttersprachlicher Unterricht als Teil einer sinnvollen Sprachförderung für Kinder und Jugendliche“ auseinandersetzen. Dazu haben wir verschiedene Ideen gesammelt. Die Idee zu einer Veranstaltung mit Diskussion kam gut an.

Wir wollen damit aber auch die weitere Arbeit von Landtagsfraktion und Landesregierung zum Thema muttersprachlicher Unterricht voranbringen, denn der muttersprachliche Unterricht ist ein wichtiger integrationspolitischer Baustein.

**Das nächste Treffen ist am 8.10. um 19.00 Uhr im Grünen Büro.** Wer Interesse hat, aber an diesem Termin nicht dabei sein kann, darf sich gern in meinem Wahlkreisbüro melden.

## **FAQ zur grünen Urwahl**

Beitrag von Nele Schönau (Mitarbeiterin MdL-Büro Tübingen)

### Worüber wird abgestimmt?

Über die Frage, welche beiden Personen aus der Liste der Kandidaturen unsere SpitzenkandidatInnen zur Bundestagswahl 2013 sein sollen. Zumindest eine Person davon muss eine Frau sein.

### Was machen die Spitzenkandidaten?

Sie vertreten die Partei im Wahlkampf an herausragender Stelle und vertreten die Wahlkampfstrategie und die Kampagne zusammen mit dem Bundesvorstand. Im Besonderen sollen sie grüne Inhalte nach außen transportieren.

### Wer steht zur Wahl?

15 Grüne wollen Spitzenkandidat/kandidatin werden. Seit Wochen bekannt ist, dass die folgende Spitzenpolitiker die Grünen im Wahlkampf anführen wollen: die Fraktionsvorsitzenden Renate Künast (Tempelhof-Schöneberg) und Jürgen Trittin (Göttingen),

Parteichefin Claudia Roth (Augsburg) und die Bundestags-Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt (Gotha). Schon früh beworben haben sich zudem die Parteimitglieder Patrick Held (Bayreuth-Stadt), Markus Meister (Kassel), Franz Spitzenberger (Sonthofen) und Werner Winkler (Rems-Murr). Von der Basis dazugekommen sind nun noch Thomas Austermann (Essen), Nico Hybbeneth (Wiesbaden), Roger Jörg Kuchenreuther (Bamberg-Land), Alfred Mayer (Berg am Laim), Friedrich Wilhelm Merck (Harburg), Hans-Jörg Schaller (Berlin) und Peter Zimmer (Rottal-Inn). Unter den bisher unbekannt Namen sind Jüngere und Ältere - aber keine Frau. Die Bewerbungen findet ihr unter: <http://www.gruene.de/partei/urwahl/wer-steht-zur-wahl.html>

#### Wie kann ich mich einbringen?

Seit Samstag treffen die Kandidierenden in Veranstaltungen in den Ländern aufeinander. Ein Video von den runden Tischen in Hannover und Berlin findet ihr auch auf der Homepage. Gemeinsam mit den Grünen Rheinland-Pfalz veranstaltet Baden-Württemberg am 19. Oktober um 19 Uhr das [Urwahlforum Mannheim/Ludwigshafen im Pfalzbau \(Berliner Straße 30, Ludwigshafen\)](#).

Wer nicht live dabei sein kann oder will, kann online Fragen stellen bzw. über die Relevanz der Fragen abstimmen. Die Fragen an die Kandidierenden könnt ihr unter <http://www.gruene.de/nc/partei/urwahl/stellt-eure-fragen.html> beeinflussen.

#### Ich will wählen, was muss ich tun?

Ab dem 8. Oktober werden die Urwahl-Unterlagen an alle stimmberechtigten Mitglieder verschickt. Die eingegangenen Bewerbungen werden dabei nach Geschlecht geordnet und in alphabetischer Reihenfolge aufgelistet. Bis 30. Oktober müssen die Unterlagen dann wieder zurück gesendet werden. Es gilt das Datum des Poststempels. Vom 4. bis spätestens 9. November werden die Unterlagen ausgezählt. Jedes Mitglied hat zwei Stimmen. Dabei dürfen nicht zwei Stimmen auf zwei männliche Bewerber entfallen und nicht beide Stimmen auf eine Person vereint werden. Gewählt werden also zwei Frauen oder ein Mann und eine Frau. Bis spätestens 9. November soll feststehen, wer das Spitzen-Duo der Grünen im Wahlkampf wird.

### **Wer oder was ist ESM?**

Beitrag von Nele Schönau (Mitarbeiterin MdL-Büro Tübingen)

Die Abkürzung ESM steht für die Worte europäischer Stabilitäts-Mechanismus. Die Grünen im Bundestag unterstützen bisher mehrheitlich den ESM.

Der ESM trat Ende Juli 2012 in Kraft und ergänzt die neuen EU-Instrumente im Bereich der wirtschaftspolitischen Steuerung, beispielsweise durch reformierte Verfahren des Stabilitäts- und Wachstumspaktes und ein neues Verfahren zur Vermeidung und Korrektur von makroökonomischen Ungleichgewichten. Aufgabe des Rettungsschirms ist es, am Markt Geld aufzunehmen und Stabilitätshilfen zu günstigeren Konditionen an Euro-Staaten mit gravierenden Finanzierungsproblemen weiterzugeben.

Hilfen werden laut Vertrag nur gewährleistet, wenn diese „zur Wahrung der Finanzstabilität des Euro-Währungsgebietes insgesamt und seiner Mitgliedsstaaten unabdingbar“ sind. Die Hilfe ist mit Auflagen für das jeweilige Land verbunden, die in einer politischen Absichtserklärung festgehalten werden. Die Umsetzung wird vierteljährlich durch Europäische Kommission, die Europäischen Zentralbank (EZB) und den Internationalen Währungsfonds (IWF) überprüft. Vom Ergebnis dieser Überprüfungen hängt ab, ob das betroffene Land die nächste Teilzahlung erhält.

Zentrales Prinzip des ESM ist demnach: Es gibt nur Hilfe gegen Auflagen. Diese Konditionierung bedeutet, dass der ESM nur greift, wenn die hilfebedürftigen Mitgliedsstaaten

vorab getroffene Vereinbarungen auch sicher einhalten. Überdies steht die Gewährleistungshöhe fest. Ein Fass ohne Boden ist der ESM auch deswegen nicht, weil die Summe der deutschen Gewährleistungen klar begrenzt ist auf 190 Milliarden Euro. Über diese Summe entscheidet der Deutsche Bundestag und sie kann, bekräftigt durch ein Bundesverfassungsgerichtsurteil, nicht überschritten werden.

Im Gegensatz zur Berliner Koalition bekennen wir uns eindeutig dazu, dass ein Ausweg aus der Krise ohne gemeinsame Gewährleistungen nicht möglich ist. Die Koalition hat mit ihrem zögerlichen Verhalten bisher nur erreicht, dass der größte Teil des Krisenengagements momentan durch die EZB ausgeführt wird. Dadurch werden de facto Risiken aus den nationalen Haushalten auf die EZB verlagert. Hinter der EZB stehen am Ende jedoch dieselben europäischen Steuerzahler. Die Kredite der EZB übersteigen mittlerweile das Volumen des ESM bei weitem. Somit ist die Bundesregierung nicht ehrlich gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern wenn sie behauptet, sie sei gegen eine Vergemeinschaftung von Schulden. Diese gibt es bereits, und sie ist die logische Konsequenz eines gemeinsamen Wirtschafts- und Währungsraums, in dem Ängste vor einem Zusammenbruch existieren.

Die Ereignisse in der Eurozone stellen uns alle vor enorme Herausforderungen. Die momentane Situation verdeutlicht, wie sehr die Volkswirtschaften Europas miteinander verflochten sind. Deutschland hat von der Europäischen Union (EU) bislang stark profitiert. Wir wollen, dass dies auch in Zukunft der Fall sein wird und engagieren uns deshalb für eine solide, realistische und nachhaltige Lösung zur Überwindung der Eurokrise.

Das europäische Gipfeltreffen im Juni 2012 eröffnete, wie seit langem von uns gefordert, den Weg in Richtung einer Bankenunion. Es wurden Schritte zur Etablierung einer Bankenaufsicht auf europäischer Ebene vereinbart sowie ein erleichterter und flexiblerer Zugang für Krisenländer und betroffene Banken zum Rettungsschirm. Damit werden Maßnahmen ergriffen, die bei konsequenter Umsetzung endlich den Teufelskreis aus Banken- und Staatsschulden durchbrechen könnten. Aus grüner Sicht ist es daher elementar, dass eine Bankenunion bei der Abwicklung von Banken im Interesse der Steuerzahler agiert und dass die Kapitalgeber der Banken entsprechend beteiligt werden. Nur wenn dies sichergestellt ist, sind die Beschlüsse des Gipfeltreffens tatsächlich als Fortschritt zu werten.

Zwei exemplarische Persönliche Erklärung zur ESM Abstimmung findet ihr bei:

<http://www.mueller-gemmeke.de/aktuelles/singleview/news/490.html>

<http://www.stroebele-online.de/themen/finanz/6035993.html>

## **AFS sucht Gastfamilien in Baden-Württemberg**

„Latino-Musik aus dem Kinderzimmer, Sushi-Kurs am Küchentisch oder Fußball-Spielen im Garten: Gastfamilien erleben mit ihren Kindern aus aller Welt jeden Tag Neues und Erstaunliches.“

Die gemeinnützige Jugendaustauschorganisation AFS Interkulturelle Begegnungen e.V. sucht dringend noch Gastfamilien. Im Prinzip halte ich das für eine unterstütztenwerte Sache und gebe den Aufruf daher gerne weiter.

AFS schreibt: „Gastfamilie kann jede Familie werden – auch Alleinerziehende und kinderlose Paare sind herzlich eingeladen, einen Gastschüler aufzunehmen. Wichtig sind Aufgeschlossenheit und die Bereitschaft, sich einem jungen Menschen und seiner Kultur zu öffnen. Dazu braucht es kein großes Haus oder Extrazimmer – ein freies Bett, ein Platz am Tisch und ein offenes Herz genügen, um als Gastfamilie Teil dieser interkulturellen Begegnung zu werden.“ Informationen zum Thema Gastfamilie findet Ihr unter [www.afs.de/gastfamilie](http://www.afs.de/gastfamilie).

Weitere Auskunft erteilt Ihnen gerne Katja Schneider im AFS-Regionalbüro Süd unter Telefon 0711/8060769-12 oder [Katja.Schneider@afs.org](mailto:Katja.Schneider@afs.org).

Über AFS Interkulturelle Begegnungen e.V.:

„Die deutsche Jugendaustauschorganisation arbeitet gemeinnützig und ist Träger der freien Jugendhilfe. Die Zentrale sowie ein Regionalbüro haben ihren Sitz in Hamburg; weitere Regionalbüros gibt es in Berlin, Wiesbaden und Stuttgart. Ziel von AFS ist es, die Entwicklung von interkulturellen Kompetenzen zu fördern und die weltweite Völkerverständigung zu verbessern.

Neben dem Schüleraustausch und dem Gastfamilienprogramm bietet AFS die Teilnahme an Freiwilligendiensten im sozialen, kulturellen und ökologischen Bereich sowie interkulturelle Trainingsmaßnahmen an. AFS kooperiert mit Partnerorganisationen in mehr als 50 Ländern. Der Verein finanziert sich aus den Teilnahme- und Vereinsbeiträgen, durch Spenden, Stiftungsmittel und öffentliche Gelder.“

PS: Die Tübinger Seite findet ihr unter: <http://cms.afser.de/Home.3315.0.html>

## Splitter

- OB-Wahl Stuttgart: Der ehemalige grüne Tübinger MdL Fritz Kuhn wird in den Umfragen als Favorit gehandelt <http://gruene-bw.de/partei/news/article/erste-wahl-fuer-stuttgart.html>
- Grüner Bildungsratschlag in Stuttgart: Teilnahme empfohlen. Es geht um folgende Themen: Alternative Wege zum Abitur, Inklusion in BaWü, Zukunft der beruflichen Schulen, Regionale Schulentwicklungsplanung <http://gruene-bw.de/themen/bildung/news/bildungsratschlag.html>